



Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Landrat Schwing die Zurückstellung des TOP 3 „Besetzung der Schulkommission“ bekannt und erweiterte aus aktuellem Anlass die Tagesordnung mit dem Thema „Presseartikel der SPD-Fraktion“.

### **Tagesordnung:**

- 1 Julius-Echter-Gymnasium/Staatliche Realschule im Schulzentrum Eisenfeld Sachstandsbericht und Vorstellung des neuen Bauleiters Herrn Baier
- 2 Generalsanierung Spessartstadion Sachstandsbericht
- 3 Staatsstraße 2308 - Ausbau der Ortsdurchfahrt Rück Änderung des Knotenpunktes zwischen der Kreisstraße MIL 34 und St 2308
- 4 Abstufung der Kreisstraße MIL 40 zum öffentlichen Feld- und Waldweg sowie Radweg in der Baulast der Stadt Obernburg und der Stadt Wörth a. Main.  
Vereinbarung über die bauliche Unterhaltung des vorgenannten Streckenabschnitts
- 5 Johannes-Butzbach-Gymnasium Miltenberg:  
Erläuterung der Baumaßnahme Pausenhofsanierung (Neugestaltung), seitlicher Fußweg und Abriss der nicht mehr funktionstüchtigen Brunnenanlage
- 6 Presseartikel der SPD-Fraktion

Tagesordnungspunkt 1:

#### **Julius-Echter-Gymnasium/Staatliche Realschule im Schulzentrum Eisenfeld Sachstandsbericht und Vorstellung des neuen Bauleiters Herrn Baier**

Kreisbaumeisterin Schulz gab folgenden Sachstandsbericht:

#### **BA III – Generalsanierung Staatliche Realschule Eisenfeld**

Mit annähernd 3-monatiger Verspätung begannen Ende Juni endlich die Abbruch- und Rohbauarbeiten des III. BA der Generalsanierung. Im Vorfeld wurden bereits im März während der Osterferien die Demontagearbeiten der haustechnischen Gewerke (Heizung, Lüftung, Sanitär, Elektro) und die PCB-Schadstoffsanierung abgeschlossen. Am 07.07. werden die Presse und der Bauausschuss über die Aufnahme der Bauarbeiten vor Ort informiert. Der Grund für die massive Zeitverzögerung des Baubeginns III. BA liegt in der notwendig gewordenen zweiten Ausschreibungsrunde für das Gewerk Rohbau, nachdem die erste Ausschreibung aufgrund formaler Mängel am 13.03.2008 aufgehoben werden musste. Der Auftrag wurde zwischenzeitlich mit Ermächtigung des Landrats am 10.06.2008 an die Firma Trautmann aus Sulzbach erteilt, welche bereits mit den Abbruch- und Rohbauarbeiten des II. Bauabschnitts und für den IZBB-Neubau beauftragt war. Zurzeit laufen die Vorbereitungen für das zweite EU-Ausschreibungspaket mit insgesamt acht Gewerken, überwiegend des Innenausbaus. Diese werden in der folgenden Bauausschuss-Sitzung am 8. Oktober 2008 vergeben werden. Auch diese Gewerke werden gemeinsam für den III. und IV. BA ausge-

schrieben und vergeben. Wesentlich für den termingerechten Bauablauf ist es, das Gebäude vor dem Winter soweit witterungsfest herzurichten, dass die nachfolgenden Ausbaugewerke ungehindert und ohne weitere Zeitverzögerung arbeiten können. Der aktuelle Bauzeitenplan sieht vor, den III. Bauabschnitt vor Sommerbeginn 2009 fertig zu stellen. Die Realschule ist informiert und die Ausweichmöglichkeiten insbesondere für die Hauswirtschaft werden voraussichtlich in anderen Landkreisschulen sichergestellt.

## **BA II – Generalsanierung Julius-Echter-Gymnasium und IZBB-Neubau**

Bis auf letzte Mängel-, Rest- und kleinere Zusatzarbeiten ist der II. BA und IZBB-Neubau abgeschlossen und bereits seit Schuljahresbeginn 2007/08 in Betrieb.

Gegenüber dem letzten Bericht in der Bauausschuss-Sitzung im März 2008 haben sich durch Endabrechnung weiterer fünf Gewerke Kostenkorrekturen sowohl bei BA II als auch bei IZBB nach unten ergeben.

II. BA von 7,76 Mio. € auf 7,59 Mio. €,  
IZBB-Neubau von 2,74 Mio. € auf 2,57 Mio. €

### **Bauabschnitt II:**

Die ursprüngliche FAG-Summe (2004) lag bei 7.244.300 €, hochgerechnet mit zehnpromotigem Index, resultierend aus allgemeiner Baupreissteigerung und der Mehrwertsteuererhöhung, ergeben sich aktuell 7.968.730 €. Die derzeit zu erwartende Endabrechnungssumme beläuft sich auf rund 7.590.000 €, wobei darin enthalten noch elf Gewerke mit einer zu erwartenden Restsumme von ca. 494.000 € schlussgerechnet werden müssen. Mit dieser Prognose liegt das zu erwartende Endergebnis um 4,78 % über der ursprünglichen HU-Bausumme, jedoch unter Berücksichtigung der Kostensteigerung über Baupreisindex und Mehrwertsteuererhöhung um 4,75 % unter dem aktuellen Kostenansatz.

### **IZBB:**

Der FAG-Antrag beinhaltete eine Kostenberechnung von 2.109.000 €, hochgerechnet mit Baupreisindex ergeben sich 2.319.900 €. Die zurzeit zu erwartende Endabrechnungssumme beläuft sich auf rund 2.570.000 €, wobei auch hier enthalten noch elf Gewerke mit einer Restsumme von ca. 173.000 € schlussgerechnet werden müssen. Insbesondere der Rohbauauftrag hat zu der Kostensteigerung geführt. Sobald alle Schlussrechnungen vorliegen, wird unverzüglich der Verwendungsnachweis für IZBB bei der Regierung von Unterfranken in Würzburg eingereicht.

## **Vorstellung des neuen Bauleiters**

Wie bereits in der vergangenen Bauausschuss-Sitzung am 20.03.2008 mitgeteilt, hat der Bauleiter Herr Jürgen Knop seinen Vertrag mit dem Ingenieurbüro Haindl & Kollegen, München, gekündigt. Er erfüllt nach Auskunft vom Büro Haindl noch seine vertraglichen Pflichten für die Bauabschnitte I, II und IZBB (Restabwicklung). Als Nachfolger für die Bauleitung der kommenden Bauabschnitte III bis V schlug das Büro Haindl Herrn Baier vor. Der neue Bauleiter wurde unter Bewertung von Auswahlkriterien analog eines VOF-Verfahrens ausgewählt. Der neue Bauleiter Herr Kurt Baier, geschäftsleitender Architekt des Büros „BIII Architekten“ aus Aschaffenburg, möchte sich im Anschluss persönlich dem Landrat und den BA-Mitgliedern vorstellen. Sein unmittelbarer Mitarbeiter vor Ort ist Herr Architekt Matthias Herbst. Das Baustellenbüro ist bereits in einem zurzeit nicht genutzten Schulpavillon eingerichtet.

Im Anschluss an diese Ausführungen erfolgte die Vorstellung des neuen Bauleiters Herrn Baier durch Herrn Haindl (Ingenieurbüro Haindl Kollegen, München).

Herr Baier stellte sich sodann persönlich vor und teilte u. a. mit, dass er vor 8 Jahren mit zwei weiteren Kollegen das Architektenbüro BIII Architekten mit Sitz in Aschaffenburg ge-

gründet habe. Schwerpunktmäßig sei man für öffentliche Auftraggeber tätig, vielfach auch für Kommunen.

Landrat Schwing wünschte Herrn Baier einen guten Start und betonte die Wichtigkeit des Projekts, da es sich hierbei um die größte Baumaßnahme, die der Landkreis jemals gebaut habe, handele.

Der Bauausschuss nahm sodann die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 2:

### **Generalsanierung Spessartstadion Sachstandsbericht**

Kreisbaumeisterin Schulz gab folgenden Sachstandsbericht:

Die Sportanlage wurde 1973 erstellt und ist somit heute 35 Jahre alt. 1996 wurde mit einem Kostenaufwand von 70.000 DM eine neue Verschleißschicht aufgebracht.

2004 wurden Teile der schadhaften Einlaufritten erneuert. Im Jahr 2005 erfolgte der Austausch des Belages in einem der Kreissegmente, weil dort das Kunststoff-Gummigemisch aus Altersgründen mürbe war und sich bereits aufzulösen begann.

Bereits damals war ersichtlich, dass ein weiterer Erhalt der Anlage mit normalen Bauunterhaltungsmaßnahmen nicht mehr zu gewährleisten war. Daher hat auf Vorschlag des Kreisbauamtes der Bauausschuss des Landkreises am 06.12.2007 die Generalsanierung der Leichtathletikanlage im Jahre 2008 beschlossen. Die geschätzten Kosten beliefen sich auf rund 177.000 €.

Da es sich um eine Generalsanierung handelte wurde bei der Regierung von Unterfranken ein Antrag auf Gewährung von Zuweisungen nach Art. 10 FAG gestellt. Mit Bescheid vom 18.02.2008 wurde die vorzeitige Baufreigabe erteilt. Allerdings wurden die Kosten für das Kreissegment, den Weitsprungbereich, des Kugelstoßringes und des Hammerwurfes als nicht zuweisungsfähiger Bauunterhalt aus der Förderung herausgenommen. Auch bei der 400 m- Laufbahn wird nur der schulsportrelevante Teil (vier statt sechs Bahnen, Barriere und Pflaster nur an der Sprintstrecke) gefördert.

Die zuweisungsfähigen Kosten belaufen sich auf rd. 110.000 €. Der endgültige Genehmigungsbescheid liegt noch nicht vor.

Nach einer öffentlichen Ausschreibung wurde der Auftrag an die mindestbietende Firma Drexler Sportanlagenbau, Arrach, zum Angebotspreis von 168.069,65 € vergeben.

Um den Schulsport möglichst wenig zu beeinträchtigen, wurden die Baumaßnahmen über die Pfingstferien durchgeführt. Eine Untersuchung der Einlaufritten hatte ergeben, dass diese asbestbelastet waren. Die Kosten für Gutachten und fachgerechte Entsorgung belaufen sich auf 1.125,14 € brutto. Beim Abtrag des Kunststoffbelages stellte sich heraus, dass die darunter liegende Asphalttschicht sehr unregelmäßig war. Dies führte zu einer Massenerhöhung bei der Kunststoffschicht um ca. 8 to. Die geschätzten Mehrkosten hierfür liegen bei ca. 12.000 € netto.

Die Bauarbeiten erfolgten zügig und termingerecht, so dass wie geplant seit Donnerstag, den 18. Juni die Sportanlage wieder uneingeschränkt für Schul- und Vereinssport zu benutzen ist.

Landrat Schwing nahm anschließend Bezug auf die eingeschränkte Förderung der Regierung Unterfranken und fügte an, dass man froh sein könne, die Gemeinde Elsenfeld mit „im Boot“ zu haben.

Der Bauausschuss nahm sodann von diesen Informationen einstimmig zustimmend Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 3:

**Staatsstraße 2308 - Ausbau der Ortsdurchfahrt Rück Änderung des Knotenpunktes zwischen der Kreisstraße MIL 34 und St 2308**

Kreisbaumeisterin Schulz teilte mit, dass das Staatl. Bauamt Aschaffenburg beabsichtige, einen Teilbereich der Ortsdurchfahrt Rück im Zuge der Staatsstraße 2308 auszubauen. Hierbei müsse auch die höhengleiche Einmündung der Kreisstraße MIL 34 in die Staatsstraße 2308 geändert werden. Eine wesentliche Verbesserung der Verkehrssicherheit bei der Ein- und Ausfahrt der MIL 34 in die St 2308 werde dadurch erreicht. Die Maßnahme sei Teil des inzwischen rechtskräftigen Bebauungsplanes "Dorfentwicklung Rück-Schippach". Die anfallenden Kosten für die Einmündungsänderung werden im Verhältnis der Breite der beteiligten Knotenpunktsäste (2 x Staat, 1 x Kreis) nach Art. 32 Abs. 4 BayStrWG geteilt, sofern kein Ast unterhalb der 20%-Grenze liege. Der Verkehr auf der MIL 34 betrage im Kreuzungsbereich laut Knotenpunktszählung mehr als 20% der Belastung der beiden anderen Kreuzungsäste. Eine Tageszählung im Kreuzungsbereich zwischen 7 bis 9 Uhr und 15 bis 18 Uhr habe eine Spitzenbelastung der St 2308 von 3815 bzw. 3171 und der MIL 34 von 1084 Kraftfahrzeugen ergeben. Das Kostenteilungsverhältnis für den Landkreis betrage 30,35 %. Auf die anfallenden Gesamtkosten verteilt, betrage der Kostenanteil für den Landkreis voraussichtlich 21.300 €. Die Bauausführung sei, nach gegenwärtiger Einschätzung und vorbehaltlich der Finanzierung im Staatshaushalt, ab 2009 möglich. Es sei vorgesehen, den Kreisanteil im Kreishaushalt 2009 bereit zu stellen. Die Verwaltung empfehle dem Bauausschuss, der Vorentwurfsplanung und der geplanten Bauausführung aus verkehrsrechtlichen und wirtschaftlichen Gründen zuzustimmen.

Kreisrätin Becker sagte, sie verstehe nicht, warum das Haus, an welchem aufgrund der vorgeschetzten Bauweise vor einem halben Jahr ein Lkw hängen geblieben wäre, wieder aufgebaut worden sei und warum hier die Zusammenarbeit zwischen Kommune und Kreis nicht besser gewesen sei. Sie hätte es besser gefunden, wenn man das Haus nicht wieder aufgebaut und der Familie ein anderes Grundstück angeboten hätte.

Landrat Schwing meinte, dass es sich einfacher anhöre als es letztlich sei und gab die Frage weiter an Kreisbaumeisterin Schulz.

Kreisbaumeisterin Schulz sagte hierzu, dass es sich bei der Straßenplanung mit der Ortsdurchfahrt in Rück um eine Maßnahme im Rahmen der Dorfsanierung handele. Das Straßenbauamt habe die Anforderung an die Durchfahrtsstraße im Hinblick auf Straßenbreite, Gehwegbreiten und Gestaltung der Einmündungsbereiche in die Planung mit einfließen lassen. Sie erläuterte die geplante Straßenverbreiterung anhand der Planung, die in der Über-

sichtskarte deutlich die Inanspruchnahme des gegenüberliegenden Grundstücks in einem Teilbereich vorsieht. Der Gemeinde obliege zudem die Planungshoheit in Abstimmung mit dem Staatl. Bauamt.

Landrat Schwing gab zu Bedenken, ob es rechtlich überhaupt möglich sei, einen Auszug der in diesem Haus wohnenden Familie zu fordern.

Der Bauausschuss fasste sodann einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Bauausschuss stimmt der Vorentwurfsplanung und Ausführung zur Änderung des Knotenpunktes zwischen der Kreisstraße MIL 34 und der Staatsstraße 2308 innerhalb der OD Rück zu. Die anteiligen Kosten des Landkreises für den Kreuzungsbereich MIL 34 betragen nach Kreuzungsrecht ca. 21.300 € Der Kostenansatz wird im Haushaltsjahr 2009 eingeplant.**

Tagesordnungspunkt 4:

**Abstufung der Kreisstraße MIL 40 zum öffentlichen Feld- und Waldweg sowie Radweg in der Baulast der Stadt Obernburg und der Stadt Wörth a. Main. Vereinbarung über die bauliche Unterhaltung des vorgenannten Streckenabschnitts**

Kreisbaumeisterin Schulz gab bekannt, dass im Abstufungsbeschluss vom 06.12.2007/17.12.2007 festgelegt worden sei, dass mit den beteiligten Städten eine Vereinbarung über den Bauunterhalt abgeschlossen werde. Die vorliegende Vereinbarung sei durch das Staatl. Bauamt Aschaffenburg unter Mitwirkung der Landkreisbauverwaltung aufgestellt worden. Nachdem die offenen Fragen mit der Stadt Wörth geklärt worden seien und die Stadträte der Städte Wörth und Obernburg ebenfalls der Vereinbarung zustimmen, könne die Abstufung zum 01.07.2008 rechtlich durchgeführt werden. Die Städte Wörth und Obernburg seien Baulastträger des öffentlichen Feld- und Waldweges innerhalb ihrer Gemarkungsgrenzen. Zu ihrem Aufgabengebiet gehören die Beschaffung, Aufstellen und Unterhalten der Verkehrszeichen, Winterdienst und die Verkehrssicherungspflicht. Mit der Abstufung gehe auch das Eigentum an die Städte über. Sie seien auch gleichzeitig Straßenverkehrsbehörde.

In der Vereinbarung werde der Bauunterhalt aufgrund der Sondersituation wie folgt geregelt:

Die Unterhaltung des öffentlichen Feld- und Waldweges übernehme ausnahmsweise der Landkreis. Hierzu gehören Instandhaltung und Reinigung der Fahrbahn, Entwässerungsanlagen, Verkehrseinrichtungen, weiter die Pflege und Unterhaltung der Straßenbepflanzung und die Überwachung, Prüfung und Unterhaltung der Ingenieurbauwerke. Art und Umfang richten sich nach den Verkehrsbedürfnissen und der erforderlichen Sicherheit. Das Kreuzungsbauwerk (Brücke) über die Bundesstraße 469 bei km 0,292 verbleibe nach § 13 FStrG in der Baulast der Bundesrepublik Deutschland. Lediglich der Bauunterhalt an Fahrbahn, Gehweg und Rinnen mit Einlaufschächten seien vom Landkreis zu übernehmen. Die Vereinbarung sei unbefristet. Änderungen bzw. Kündigung seien nur im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien möglich.

Kreisrat Fischer gab anschließend zur Kenntnis, dass der Stadtrat Obernburg am Vortag zugestimmt habe. Landrat Schwing fügte hinzu, dass auch der Stadtrat Wörth zugestimmt habe.

Kreisrat Linduschka fragte, worin der Sonderfall bestehe und bat um Erläuterung, warum so verfahren werde.

Kreisbaumeisterin Schulz sagte, dass normalerweise der Baueigentümer für den Unterhalt zuständig sei. Da es sich vorher um eine Kreisstraße gehandelt habe und aufgrund der vorliegenden Verkehrssituation sei man zu der Einigung gekommen, dass Stadt und Landkreis sich bestimmte Aufgaben teilen und der Landkreis ausnahmsweise die Aufgaben des sonstigen Straßenbaulastträgers übernehme.

Landrat Schwing sagte anschließend, er wolle den neuen Ausschussmitgliedern den in der Historie liegenden Hintergrund erläutern:

Als es damals den Streit gab, ob die B 469 ab Obernburg weiter gebaut werde, habe es verschiedene Stadtrats- und Gemeinderatsbeschlüsse gegeben; einige seien dagegen gewesen, da neben einem breiteren vierspurigen Ausbau auch eine Kreisstraße und ein Rad- und Fußweg geplant gewesen sei. Man habe im Kreistag einen Beschluss dahingehend gefunden, dass die vierspurige Strecke kleiner gehalten werde und nur eine kombinierte breitere Straße als Radweg gebaut werde mit gleichzeitiger Benutzung von landwirtschaftlichen Fahrzeugen. Eine Sperrung für Pkws sei nur dann möglich, wenn die Kreisstraße zum öffentlichen Feld- und Waldweg abgestuft werde. Dazu brauche man die Kommunen. Landrat Schwing wies abschließend darauf hin, dass der Maintalradweg einer der meist befahrenen Radwege in der Bundesrepublik sei.

Der Bauausschuss fasste sodann einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Bauausschuss stimmt der Vereinbarung zwischen dem Landkreis Miltenberg und der Stadt Würth sowie der Stadt Obernburg über die bauliche Unterhaltung der abgestuften Kreisstraße MIL 40 zum öffentlichen Feld- und Waldweg sowie Radweg zu. Als Grundlage dient der Abstufungsbeschluss des Bauausschusses vom 06.12.2007 und des Kreistages vom 17.12.2007.**

Tagesordnungspunkt 5:

**Johannes-Butzbach-Gymnasium Miltenberg: Erläuterung der Baumaßnahme Pausenhofsanierung (Neugestaltung), seitlicher Fußweg und Abriss der nicht mehr funktionsfähigen Brunnenanlage**

Kreisbaumeisterin Schulz informierte über Folgendes:

Im Haushaltsjahr 2008 sind für den Pausenhof und den Fußweg entlang des Johannes-Butzbach-Gymnasiums Miltenberg 80.000 € und 25.000 € eingestellt. Beide Bereiche entsprechen in etwa noch der ursprünglichen Ausführung aus den 70er Jahren und sind aufgrund der nicht mehr ausreichenden Verkehrssicherheit zu sanieren. Vom seitlichen Fußweg von der Nikolaus-Fasel-Straße an der Süd-West-Seite des Gymnasiums gelangt man über eine marode Treppenanlage aus Waschbeton auf die große Pausenhoffläche, die ebenso mit teilweise gebrochenen, nicht mehr planen Waschbetonplatten belegt ist; dieses Material genießt nur Bestandsschutz und wird i.ü. nach heutigen Vorschriften nicht mehr für derartige Flächen verwendet. Die Pflastersteine des halb öffentlichen Verbindungsweges zwischen Nikolaus-Fasel-Straße und Martin-Vierengel-Straße haben sich aufgrund der Wurzeln der angrenzenden Bäume an mehreren Stellen angehoben und deutlich verschoben und bilden

Stolperfallen. Die unzureichende Beleuchtung des Durchgangs erfolgt nur mit zwei Mastleuchten. Der angrenzende Zaun zur Sportanlage ist ebenso dringend erneuerungsbedürftig. Da keinerlei Absperrmöglichkeiten zwischen Pausenhof und Durchgang bestehen, sind immer wieder am Wochenende und während der Abendstunden fremde Nutzer auf dem Schulgelände. So wurden u.a. die Zugangsbeleuchtung vom Schulhaus zur Turnhalle mehrfach komplett zerschlagen, Wandflächen wiederholt mit Graffitischmierereien überzogen, Glasflaschen auf dem Pausenhof und auf der Sportanlage zerschlagen, der Hausmeister von Jugendlichen bedroht, beschimpft und vieles mehr. Die Polizei wurde schon mehrfach eingeschaltet, da auch die Anwohner von nächtlich randalierenden Jugendlichen, die sich auf dem Schulgelände befanden, gestört wurden. Die riesige Beton-Brunnenanlage, die bereits seit Jahren außer Betrieb und mit Erdreich aufgefüllt ist, darf nicht unbefugt betreten werden, Schilder mit der Aufschrift „Betreten verboten!“ sind aufgestellt, da an den Rändern und Kanten teilweise eine Höhe von über 1 m erreicht wird. Der Sichtbeton ist porös, an vielen Ecken abgeplatzt und die Anlage vermittelt weder einen positiven ersten Eindruck der Schulanlage noch ist sie gebrauchstüchtig.

Mit einer Sanierung der Pausenhoffläche muss daher die Situation des halb öffentlichen Durchgangs mit der angrenzenden Pausenfläche sowie der alten Brunnenanlage zwingend im Zusammenhang als eine Gesamtlösung entwickelt werden. Dies wurde bereits im Winter bei den Haushaltsberatungen 2008 erläutert und für Mitte 2008 angekündigt.

Diese planungsrelevanten Punkte sowie die notwendige Sanierung der Pausenhoffläche (Austausch des Plattenbelages) und der unfallträchtigen alten Brunnenanlage ergaben die Grundlagen für die Vorentwurfsplanung durch das Kreisbauamt.

Im bereits mit der Schulleitung abgestimmten Konzept ist vorgesehen, die marode Brunnenanlage in den Sommerferien abzubrechen und in der Folge an dieser Stelle zur räumlichen Begrenzung ein untergeordnetes Nebengebäude zu errichten. Auf Höhe des öffentlichen Durchgangs ist ein bereits länger benötigter Lagerraum für Geräte vorgesehen, der sowohl für die Sportgeräte als auch Reinigungs- und Kehrgeräte des Hausmeisters bzw. der Gärtner zur Verfügung gestellt wird. Über dem Lager- bzw. Geräteraum wird auf der Höhe des Pausenhofes eine überdachte Fläche entstehen, auf der unterschiedlichste Nutzungen (Aktive Pause, Musik- und Theaterveranstaltungen usw.) regengeschützt stattfinden können. An beiden Seiten anschließend sind kleinere kioskähnliche Baukörper geplant, um dort den Pausenverkauf sowie auf der gegenüber liegenden Seite den Geräteraum für die Aktive Pause unterzubringen. Die neue seitliche Wegeführung erhält zwei gebündelte Treppenanlagen, die auch Fahrstufen enthalten, damit die Verbindung zwischen Nikolaus-Fasel-Straße und Martin-Vierengel-Straße barrierefrei mit Fahrrädern, Kinderwagen, Kehrmaschinen und Schneeräumgeräten u.a. genutzt werden kann. Zur Sicherung des Schulgeländes ist zwischen Turnhalle und Pausenverkauf sowie zwischen der Einzäunung vor dem IZBB-Bereich und Geräteraum (UG) jeweils ein Schiebetor vorgesehen, um am Wochenende und abends den Schulbereich vom Durchgangsweg abtrennen zu können. Die Treppenanlage und das erste Drittel des Pausenhofes erhalten einen verkehrssicheren neuen Belag (Betonpflaster). Die weiteren Abschnitte folgen in den kommenden Haushaltsjahren im Rahmen des finanziell Darstellbaren (Budget des allgemeinen Bauunterhalts).

Landrat Schwing fügte an, dass diese Baumaßnahme aufgrund der bestehenden Unfallgefahr erste Priorität habe.

Der Bauausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zustimmend zur Kenntnis.



Tagesordnungspunkt 6:  
**Presseartikel der SPD-Fraktion**

Landrat Schwing begründete die Erweiterung der Tagesordnung mit dem am heutigen Tage in der Presse erschienenen Artikel „Pädagogische Konzepte nichts für Kreisbehörde“, in welchem die SPD kritisierte, dass es nicht anginge, dass sich die Kreisbehörde in die pädagogische Konzeption der Schulen einmische. Zentrales Thema sei ein Schreiben von Andrea Wacker, Elternbeiratsvorsitzende am Hermann-Staudinger-Gymnasium (HSG) in Erlenbach, gewesen, die erhebliche Mängel im Schulgebäude beklagt und die ablehnende Haltung des Kreisbauamts für erlebnispädagogische Projekte kritisierte.

Landrat Schwing meinte, dass sich aufgrund der bevorstehenden Wahlen, einige in Position bringen wollen, was er schade finde, denn der Bauausschuss habe sich bisher noch nie auseinander bringen lassen und man sei bislang immer sehr stolz auf die Zusammenarbeit gewesen. Er habe kein Verständnis dafür, dass Kreisräte nun ihre eigenen Beschlüsse kritisieren. Die angesprochenen Punkte seien teilweise einstimmig mit Anwesenden und mit denen, die im Artikel zitiert worden seien, beschlossen worden. Die SPD-Fraktion habe zum wiederholten Male keinerlei Informationen von den Ausschüssen in die Fraktion weitergegeben. Man wolle heute für Aufklärung sorgen, Gedächtnislücken schließen und da wo es notwendig sei, Dinge richtig stellen. Trotzdem man so viel wie noch nie in die Schulen investiere, ernte man Kritik. Es sei verwunderlich, dass Ausschussmitglieder nicht im Bauausschuss oder direkt mit Kreisbaumeisterin Schulz oder ihm gesprochen haben.

Folgende Themen seien kritisiert worden:

1. Kletterwand
2. Soccerfeld
4. Raumnot
5. Defekte Heizung
6. Fehlendes Mobiliar
7. Tonabscheider

Zur Kletterwand führte Kreisbaumeisterin Schulz aus, dass sich das HSG schon seit längerem um solch eine Wand bemüht habe, man dort aber kein Schulareal habe, wo man wie im Miltenberger Gymnasium in einem Raum oder wie im Schulzentrum Elsenfeld auf einem Schulgebiet installieren könne, das nicht für die Allgemeinheit zugänglich sei. Man habe keinen Platz gefunden, bei dem außerhalb des Schulbetriebs, z. B. am Wochenende, keine Gefährdungen entstehen. Der Elternbeirat habe ohne Abstimmung mit dem Sachaufwands-träger die Griffe für die Kletterwand gekauft und die Landkreisverwaltung gebeten, diese zu montieren. Der ursprünglich vorgeschlagene Standort an einer 9 Meter hohen Turnhalle sei nicht geeignet gewesen, da der Fallschutzbereich nicht die notwendige Tiefe gehabt hätte. Die endgültige Wand sei einvernehmlich mit der Schule ausgesucht worden. Man habe eine Eibe gefällt, durch die der Bereich bisher schon zu einer unübersichtlichen, verschmutzten, dunklen Ecke geworden sei. Die Stelle sei insofern vorteilhaft, da vom Lehrerzimmer aus Beobachtungsmöglichkeit bestehe. Der Sportlehrer habe mehrfach angeboten, die Bauabteilung mit Schülern tatkräftig zu unterstützen und auch die Kiesschüttung mit Schülern zu transportieren, da dies der Identifikation mit dem eigenen Werk diene. Der Landkreis hätte dies nie verlangt, sondern selbstverständlich auch mit eigenen Kräften durchgeführt. Bezüglich der Innenwandbemalungen sagte sie, dass diese im Rahmen der großen Umbaumaßnahmen in Abstimmung mit der Schule mit neuen Fassadenanstrichen übermalt worden seien. Der Hintergedanke sei gewesen, Graffitimaler nicht zu erneuten Wandschmierereien zu ermutigen.

Zum Thema „Soccerfeld“ sagte sie, dass die vom DFB gesponserten Minispielfelder dem Landkreis zusätzlich 15.000 € bis 20.000 € zzgl. Unterhalt gekostet hätten. Der Bauausschuss habe am 24.09.2007 einstimmig dagegen gestimmt.

Landrat Schwing erläuterte, das man dafür ein Grundstück mit bestimmten Voraussetzungen hätte vorhalten müssen, welches tagsüber für die allgemeine Bevölkerung hätte offen gehalten werden müssen. Er erinnerte an einen Beschluss, worin dem Türkischen Fußballverein von Erlenbach ausnahmsweise erlaubt worden sei, einige Monate auf dem Sportplatz des Gymnasiums zu trainieren. Ergebnis des Ganzen sei Kritik seitens der Schule gewesen - Stichwort Integration – man habe u .a. sogar eine Videoüberwachung gefordert.

Weiterhin führte er aus, dass der Bauausschuss bei einer gemeinsamen Begehung mit der Stadt Erlenbach a. Main den Vorschlag unterbreitet habe, selbst ein solches Spielfeld in der Nähe der Hauptschule zu errichten. Die Stadt habe abgelehnt, mit der Begründung, dass man damit nur Ärger haben würde. Seiner Meinung nach ginge es nicht an, als Stadt abzulehnen und auf den Landkreis zu verweisen.

Des Weiteren wies er auf die umfangreichen Sportanlagen auf der Fläche des Gymnasiums hin. Ein zusätzliches Soccerfeld hätte dazu geführt, dass man am Wochenende und abends Personal zur Überwachung benötigt hätte.

Kreisbaumeisterin Schulz fügte hinzu, das Angebot des DFB sei an Städte und Kommunen gerichtet, dieses Kunststoffrasenfußballfeld in öffentlichen Bereichen zu bauen, um Werbung für diesen Belag zu machen. Sie erläuterte die Außensportflächen des HSG. Das HSG habe einen großen Rasensportplatz, einen Allwetterplatz, eine Laufbahn, zwei Weitsprungbahnen und zwei Beachvolleyballfelder mit ca. 9.500 m<sup>2</sup>; daneben noch weitere 10.000 m<sup>2</sup> Rasenflächen; diese Flächen liegen damit erheblich über den Notwendigkeiten und bieten alle Möglichkeiten für die Außenaktivitäten einer Schule von ca. 900 Schülern.

Zur angeblichen Raumnot im HSG führte sie aus, dass das Thema derzeit bayernweit behandelt werde. Im nächsten Schuljahr gebe es im HSG vermutlich eine Klasse mehr. Schulleiter Blank sei gebeten worden, Belegungspläne einzureichen; die Klassenzimmer seien bis zu 78 % während des Vormittagunterrichts ausgelastet. Nachmittagsunterricht finde allgemein nur an wenigen Tagen statt; Reserven finden sich auch in den Fachklassenbereichen. Man werde sich mit der Schulleitung beraten, wie im nächsten Schuljahr das vorhandene Raumangebot effizient genutzt werden könne.

Bezüglich der defekten Heizung in der Aula erklärte sie, dass der Defekt erst im letzten Winter aufgetreten sei und es keine unzumutbaren Beeinträchtigungen gegeben hätte. Das Kreisbauamt hätte unmittelbar eine Firma mit der Reparatur beauftragt, jedoch habe man dies als Wasserschaden der Versicherung angezeigt, die dies begutachten wollte. Dieser Termin habe erst im Mai stattgefunden. Anfang August werde die Reparatur durchgeführt. Die Heizung sei mittlerweile 40 Jahre alt, Schäden seien daher nicht ungewöhnlich.

Zur bemängelten Ausstattung im IZBB-Bereich sagte sie, dass der Landkreis über 1 Mio. Euro in Mittagsverpflegung und Nachmittagsbetreuung investiert habe. Das Baukonzept sei mit allen Schulen besprochen worden, auf Änderungswünsche sei man flexibel eingegangen. Ausstattungsdefizite seien ihrer Meinung nach dort nicht erkennbar. Zurzeit seien 11 Schüler am HSG in der Nachmittagsbetreuung.

Landrat Schwing bat darum, dass man zu der konstruktiven Arbeit der vergangenen Jahre zurückkehre. Der Bauausschuss sei Anlaufstelle für solche Dinge und man sollte nicht Klima vergiftende Dinge in die Öffentlichkeit setzen. Der Kontakt zu den Schulen sei in den vergangenen Jahren gut gewesen. Er fügte an, dass Elternbeiratsvorsitzende Wacker ihr Schreiben in Absprache mit Schulleiter Blank an Personen gerichtet habe, die mit der Ange-

legenheit nichts zu tun haben. Des Weiteren sei er vor geraumer Zeit von Kreisrat Dr. Kaiser und Frau Becker angesprochen worden im Hinblick darauf, dass Kreisbaumeisterin Schulz das Projekt „Aktive Pause“ verhindern wolle. Kreisbaumeisterin Schulz habe ihm daraufhin mitgeteilt, dass man sich in Absprache mit dem Sportlehrer längst für einen Ort für die Kletterwand geeinigt hätte.

Kreisrat Dr. Fahn sagte, er sei der Ansicht, Frau Wacker wolle sich in dieser Position profilieren. Ihn verblüffe zu hören, dass sie sich mit der Schulleitung abgesprochen habe. Er selbst habe im Bauausschuss am 24.09.2007 gegen das Soccerfeld gestimmt und noch am nächsten Tag mit der Schulleitung und dem Sportlehrer darüber gesprochen, die dies zur Kenntnis genommen hätten. Weiterhin stimme er Landrat Schwing zu, dass man diese Dinge intern zwischen Schulleitung und Kreisbauamt hätte klären können. Eine bessere Kommunikation müsse es hinsichtlich des in dem Schreiben erwähnten Punktes „Tonabscheider“ geben. Zum Thema „Raumnot“ schlage er eine baldige Lösung vor, da man bereits für das nächste Schuljahr plane. Abschließend meinte er, dass der Artikel evt. mit der Diskussion um die Schulkommission zusammenhängen könnte. Er finde es gut, dass der Tagesordnungspunkt „Besetzung der Schulkommission“ abgesetzt worden sei. Er hoffe, dass dieses Thema bei der nächsten Sitzung der Fraktionsvorsitzenden am 16.07.2008 geklärt werden könne.

Landrat Schwing sagte dazu, dass alle Punkte, die besprochen worden seien, eigentlich nicht in den Bauausschuss gehören und die Situation jetzt nur durch die Veröffentlichung in der Presse zustande gekommen sei. Zur Schulkommission sagte er, wenn er vorab gewusst hätte, wie darauf reagiert werde, hätte er sich mit den Fraktionsvorsitzenden beraten.

Bezüglich der Raumnot könne man den Vorschlag von Wanderklassen nicht einfach so ablehnen, gerade Wanderklassen seien besonders erfolgreich. Aus der Raumbelungsliste gehe keine akute Raumnot hervor. Letzten Endes könne man miteinander reden und eine Lösung für evt. auftretende Probleme finden. Er fügte an, dass er Frau Wacker immer sehr geschätzt habe als eine Person, die nicht immer nur fordere, sondern auch selbst tätig werde. Ihr Schreiben wundere ihn, jedoch hoffe er auf Einigung.

Kreisbaumeisterin Schulz ergänzte zum Thema „Raumnot“, dass man in laufender Diskussion mit der Schule stehe. Wenn Raumbedarf bestünde, würde man konstruktiv eine Lösung finden.

Zum Thema „Tonabscheider“ sagte, sie, dass im Untergeschoss des HSG aufgrund eines Wasserschadens, der durch nutzerbedingte, unsachgemäße Behandlung entstanden sei, eine außergewöhnliche Generalsanierung notwendig geworden wäre, welche rund 200.000 € gekostet habe. Der Werkraum sei ausschließlich nach den Wünschen der Schulleitung saniert und neu ausgestattet worden. Tonarbeiten werden auch an den übrigen Schulen nur in Gruppen in halber Klassenstärke (max. 18 Plätze) unterrichtet, was auch im HSG in dem dafür vorgesehenen Raum mit Tonabscheider möglich sei. Über Möblierungspläne habe das Kreisbauamt nachgewiesen, dass in diesem Raum sogar 32 Schülerplätze möbliert werden könnten. Die Schule habe eine schriftliche Anweisung des Sachaufwandsträgers erhalten, in keinem Bereich, außer in dem neu installierten Werkraum, in welchem die Tonabscheider eingerichtet worden seien, mit Ton zu arbeiten. Nach den Sommerferien habe die Schule in diesen Raum altes Klassenzimmermobiliar gestellt und ihn als Klassenzimmer benutzt. Die Kunstlehrerin habe im Kunstraum Tonarbeiten ausführen lassen, was im letzten Sommer von der Schulkommission aufgegriffen und moniert worden sei. Um ihre Änderungswünsche durchsetzen zu können, folgen nun seitens der Schulleitung mit der Kunstlehrerin „Erpressungsversuche“ mit Raumnot, etc. Abschließend sprach sich Kreisbaumeisterin Schulz für eine konstruktive Zusammenarbeit und einen vernünftigen, wirtschaftlichen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln aus.

Kreisrat Fischer führte aus, dass sich die SPD mit dem Zeitungsartikel keinen Gefallen getan hätte. Man habe in den letzten Jahren sehr viel in die Schulen investiert und man könne stolz auf das Geleistete sein.

Kreisrat Oettinger meinte, er wundere sich, dass Elternbeiratsvorsitzende Wacker ihr Schreiben an Personen richte, die nicht entscheiden. Die SPD hätte sich aufs Glatteis führen lassen, ohne vorher die Richtigkeit zu überprüfen. Es sei ihm schleierhaft, wie man sich um die Besetzung der Schulkommission streiten könne. Er werde eine Auflösung der Schulkommission und eine Änderung der Geschäftsordnung beantragen. Der Bauausschuss solle sich in Zukunft um die Schulen kümmern.

Landrat Schwing betonte, dass die nun diskutierten Dinge nicht in einen Ausschuss gehören und man sich um wichtige Entscheidungen, wie z. B. dem Sanierungsprogramm für die Schulen, kümmern sollte. Es werde der Eindruck erweckt, als würde nichts funktionieren. Er erinnerte an die IZBB-Maßnahme, in die man viel Geld investiert habe.

Kreisrat Linduschka brachte vor, dass der Zeitungsartikel der SPD und das Schreiben von Frau Wacker seiner Meinung nach ein Fehler gewesen seien. Weiterhin sagte er, er wehre sich gegen „Großheubacher Allerlei“ nach dem Motto, es gehöre alles in den Bauausschuss und Lehrer werden fern gehalten. Die Schulen seien im Moment zeitgemäß gut ausgestattet und der Landkreis kümmere sich nach Kräften. Die Schullandschaft verändere sich sehr stark in Richtung Ganztagschulen. Auf diesem Gebiet werde man in den nächsten Jahren viel zu tun haben, weswegen eine Einbeziehung der Lehrer nur von Nutzen sein könnte.

Kreisrätin Becker merkte an, dass die Schulkommission auf Wunsch des Landrats ins Leben gerufen worden sei. Der Presseartikel sei zwar nicht dienlich, aber auch keine Überreaktion wert. Letztendlich sprechen Taten für den Landkreis. Dass eine Elternbeiratsvorsitzende übers Ziel hinausschieße, könne vorkommen, aber sicherlich ließe sich das wieder zurechtrücken. In Bezug auf die Belegung IZBB sagte sie, dass dies erst noch wachsen müsse. Die Zukunft liege in der Ganztagschule, zumal die wirtschaftliche Entwicklung zeige, dass Mütter arbeiten gehen müssen. Weiterhin meinte sie, dass es keinen Grund gebe, Kreisrat Dr. Schüren und Kreisrat Dr. Linduschka nicht in die Schulkommission aufzunehmen.

Landrat Schwing erläuterte, dass die Schulkommission gegründet worden sei, um die Interessen des Bauausschusses an den Schulen zu vertreten. Der Bauausschuss habe sich damit identifizieren können. Er führte aus, dass sich die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses in der Vergangenheit über ihren Ausschluss auch nicht aufgeregt hätten. Die Schulkommission sei mit Lehrern, in der Art wie sie geplant gewesen sei, nicht durchführbar, da sie unangemeldet in die Schulen kommen sollte. Er schätze alle Kollegen und deren Sachverstand, man wolle jedoch verhindern, dass auf zwei Schultern getragen werden müsse. Abschließend sagte er, dass er ein Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden führen wolle.

Kreisrätin Dolzer-Lausberger sagte, ihr dränge sich der Verdacht auf, dass die Erwartungen an die Schulkommission falsch seien. Diese sei eingerichtet worden, um den Bestand und den ordentlichen Umgang mit den Gebäuden und den Einrichtungen zu sichern. Das Gremium sei keine Anlaufstelle für Wünsche der Schule oder um gestalterisch tätig zu werden.

Kreisrat Reinhold Köhler vertrat anschließend die Meinung, es könnten sich alle einig sein, dass sich der Landkreis hervorragend um seine Schulen kümmere.

Landrat Schwing meinte abschließend, dass im Falle erneuter Kritik, gemeinsam beraten werden müsste und man nicht den Weg über die Presse wählen sollte.

gez.

**Schwing**  
Vorsitzender

gez.

**Ullrich**  
Schriftführerin